Vorabend-Blatt

65. Jahrgang. № 171. Mittwoch, 13. April 1921.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Telegrammadresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25%. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 20 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hardings Stellung zur europäischen Politik.

Orientierung durch amerikanische Sachverständige.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Washington, 12. April. Republikanische Freunde Hardings erklären bezüglich der zahllosen Presseäußerungen über die eingeleiteten Verhandlungen der Regierung zur Stellungnahme gegenüber der europäischen Politik folgendes: Harding hatte sich schon im Februar auf Grund eines Beschlusses der republikanischen Partei entschlossen, einen Meinungsaustausch zwischen den Vereinigten Staaten und den Alliierten einzuleiten über finanzielle und andere Fragen, die die Vereinigten Staaten interessieren. Weiter wollte sich Harding gleichfalls genau über die Zahlungsmöglichkeiten Deutschlands orientieren, um sich ein Urteil zu bilden, welche der beiden Parteien mit ihren Behauptungen der Wirklichkeit am nächsten komme. Diese Orientierung ist am 17. März eingeleitet worden. Eine große Anzahl amerikanischer Sachverständiger, die sich in Europa befinden, erhielten von der Regierung den Auftrag, die obige Orientierung schnellstens in die Wege zu leiten. Gewisse Beschlüsse sind bis jetzt noch nicht gefaßt, jedoch hat die Regierung einen Plan entworfen, der auf den aus Europa eingelaufenen Berichten beruht und dem Kongresse in den nächsten Wochen zur Behandlung überwiesen wird. Eine einseitige Politik zugunsten einer der beiden Parteien ist von der Regierung keinesfalls zu erwarten. Vermutlich wird Amerika wieder näheren Anschluß an die Alliierten suchen, um diese von unbedachten Schritten gegen die besiegten Mächte abzuhalten. Erst nachdem die Knoxsche Resolution und die obigen Richtlinien vom Kongreß durchgearbeitet sind, wird die Regierung die Botschafterposten und Konsulate in den bisherigen feindlichen Ländern wieder besetzen. Verschiedene Personen, von denen sich einige in Europa befinden, sind dafür in Vorschlag gebracht worden.

Die politischen Richtlinien der Vereinigten Staaten

Washington, 12. April. Von maßgebender Seite wird bekannt gegeben, daß die Politik der Vereinigten Staaten folgende Richtlinien verfolgen werde: 1. Die Regierung der Vereinigten Staaten werde ihren ganzen Einfluß aufbieten, um Deutschland dazu zu bewegen, innerhalb seiner Fähigkeit Geldzahlungen zu leisten und für die Schäden aufzukommen, die der Krieg Belgien und Frankreich zugefügt hat. 2. Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten auch die Berechtigung der französischen Sanktionen gegen Deutschland anerkennt, so glaubt sie doch, daß Deutschland nicht ausgebeutet werden sollte, sondern daß Frankreich seine Hilfe zur Entwicklung der deutschen industriellen Hilfsquellen leihen sollte, womit ein Schritt vorwärts zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage der ganzen Welt getan würde. 3. Die Vereinigten Staaten würden alle aggressiven Maßnahmen, die nur den Imperialismus begünstigen, und wahrscheinlicherweise dauernden Rassenhaß, sowie internationale Streitigkeiten zur Folge haben würden, als unratsam verwerfen. 4. Die Regierung der Vereinigten Staaten verfolgt voller Beunruhigung die derzeitigen Nachwehen des Krieges, aus denen sich unzweifelhaft die Tatsache ergibt, daß im Augenblick, nirgendswo in der ganzen Welt ein unparteiischer Gerichtshof besteht, dem die strittigen Probleme zum Zwecke eines Schiedsspruches unterbreitet werden könnten. — Die Vereinigten Staaten beabsichtigen nicht, irgendwelche Rechte aufzugeben, die ihnen als einflußreichen Teilnehmer am Weltkriege und als Teilhaber an dem erfolgreichen Ausgange des Kampfes zustehen. Harding befürwortet für die innere Politik den Arbeitsplan, der eine Unterbindung der Inlandspropaganda nationalistischen Charakters vorsieht, weil eine solche Propaganda nur geeignet sei, die Bevölkerung der Vereinigten Staaten in zwei Lager zu spalten.

Die Vertretung deutscher Interessen in Washington

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Washington, 12. April. Die Washingtoner Regierung hat es für gut befunden, wenn bereits jetzt ein deutscher Diplomat nach Washington kommt, um die Interessen Deutschlands zu vertreten. In politischen Kreisen wird behauptet, daß die deutsche Regierung für den Posten den Grafen Monigelas ausersehen habe.

Amerikanische Note an England.

London, 11. April. Lloyd George erklärte auf eine Anfrage bezüglich einer Note der Vereinigten Staaten, in der versichert werde, daß Amerika durch keinerlei Beschlüsse, die im Friedensvertrage von Versailles enthalten sind, oder im Obersten Rat oder vom Völkerbund angenommen wurden, gebunden sei, die Note beschäftige augenblicklich die Aufmerksamkeit der britischen Regierung. (W. T. B.)

Das Ergebnis der Mission Vivianis.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Genf, 12. April. In der Sitzung des Kammerausschusses teilte Briand am Sonnabend das Ergebnis der Mission Vivianis in Neuyork mit. Laut „Matin" sagte Briand, daß Harding sich verpflichtet habe, die französischen Wiedergutmachungs-Forderungen gegenüber Deutschland in vollem Umfange zu unterstützen.

Dr. Simons' Rückkehr nach Berlin.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 12. April. Minister Dr. Simons ist heute vormittag zusammen mit dem Reichskanzler in Berlin angekommen. Mittags 12 Uhr fand eine Besprechung mit dem Reichspräsidenten statt. Darauf folgt am Nachmittage eine Sitzung des Reichskabinetts. Der Wortlaut des Interviews ist, wie wir erfahren, von ihm nicht nachgeprüft worden, er kann sich also darauf auch nicht festlegen lassen. Vielleicht wird es möglich sein, eine authentische Mitteilung über den Inhalt der stattgefundenen Unterredungen mit ausländischen Journalisten zu erlangen. Ueber etwaige positive Vorschläge, die der Minister zu machen gedenkt, kann zunächst noch keine Mitteilung gemacht werden.

Dr. Simons und die Vermeidung der Katastrophe

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Bern, 12. April. Reichsminister Simons ist gestern von Bern direkt nach Berlin zurückgekehrt, da die politische Lage den ursprünglich vorgesehenen Aufenthalt bis zur Eröffnung der Frankfurter Messe nicht gestattet. Minister Simons nahm in Basel im Hause des deutschen Konsuls einen kurzen Aufenthalt. Er stellte gegenüber dem Vertreter der „Baseler Nachrichten" baldige neue Wiedergutmachungsvorschläge Deutschlands in Aussicht, da angesichts der beiderseitigen Bildung in London auf der bisherigen Grundlage nicht mehr vorwärts zu kommen sei. Von diesen neuen Vorschlägen erhofft Simons bestimmt, daß sie zu neuen Verhandlungen führen werden, die eine Einigung und die Vermeidung der Katastrophe zur Folge haben werden.

Der „Voss. Ztg." zufolge gewinnt innerhalb der Regierungskoalition die Meinung immer mehr an Boden, daß die Politik der halben Zugeständnisse, die bisher verfolgt wurde, sich als verfehlt erwiesen hat und zur Katastrophe führen muß, wenn nicht rasch mit ihr gebrochen wird.

Vor einer Ministerkrise im Reiche?

Berlin, 12. April. In parlamentarischen Kreisen wird nach einer Meldung der „N. Berl." erklärt, daß durch die Erklärungen Dr. Simons' dem „Matin"-Korrespondenten in der Schweiz gegenüber eine eigenartige politische Lage geschaffen worden sei, die allem Anschein nach zu einer Ministerkrise führen werde. Ob es einem Kabinett, das ausdrücklich erklärt hat, es sei in seinen Vorschlägen bis zur äußersten Grenze gegangen, möglich sein werde, jetzt neue Vorschläge zu unterbreiten, die die bisherigen Zugeständnisse überbieten, dürfte bezweifelt werden. Anderseits verhehle man sich in politischen Kreisen nicht, daß sich die bisherige Politik als verfehlt erwiesen habe. Es wird also kaum etwas anderes übrig bleiben, als eine gänzliche oder teilweise Umbildung des Reichskabinetts vorzunehmen, um neue Männer an die Spitze zu bringen, die sich noch nicht festgelegt haben.

Zum Hinscheiden der Kaiserin.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 12. April. In der dem Prinzen August gehörigen Villa „Licanitz" in Potsdam fand heute morgen eine Besprechung der Prinzen Eitel Friedrich, August Wilhelm und Oskar statt, an der auch Vertreter der Behörden, sowie General a. D. Dommes teilnahmen, und in der die Einzelheiten der Beisetzung der Kaiserin im Park von Sanssouci geregelt wurden. Prinz Eitel Friedrich begibt sich als der stellvertretende Familienchef heute abend nach Holland, um die Ueberführung der Leiche der Kaiserin nach Potsdam zu leiten. Die Aufbahrung des Sarges findet im Fürstenzimmer des Bahnhofs Wildpark statt, wo eine Anzahl ehemalige Offiziere die Ehrenwache stellt. Der Trauerzug wird sich dann am Neuen Palais vorüber nach dem Park von Sanssouci bewegen, in dessen Hauptallee eine Anzahl von Frauen- und Fürsorgevereinen, deren Protektorin die Kaiserin war, Aufstellung nehmen wird. Das Zentralkomitee vom Roten Kreuz und der Vaterländische Frauenverein, zu denen die Kaiserin in ganz besonders engen Beziehungen stand, werden heute in einer gemeinschaftlichen Beratung sich darüber schlüssig werden, in welcher Weise die Verbände an den Beisetzungsfeierlichkeiten teilnehmen.

In den ersten Tagen der nächsten Woche wird, einem Wunsche der Verstorbenen gemäß, die Leiche des Prinzen Joachim gleichfalls im Antiken Tempel beigesetzt. Nach der Trauerfeierlichkeit am Sonnabend findet bei der Kronprinzessin in Cäcilienhof ein Trauerempfang statt. In Potsdam wurden gestern abend 6 Uhr in sämtlichen evangelischen Kirchen Trauerandachten abgehalten. In vielen Schulen Potsdams fiel gestern der Unterricht in der Mittagszeit aus. Fast ganz Potsdam hat auf halbmast geflaggt. Die Damen der Aristokratie haben geschlossen Trauer angelegt.

Keine Teilnahme des Kaisers an der Ueberführung

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Haag, 12. April. Wie die „Preßinformation" von hier erfährt, hat die holländische Regierung die Ueberführung der Leiche der Kaiserin nach Potsdam gestattet; sie verweigert dagegen die Teilnahme des Kaisers oder des Kronprinzen an der Ueberführung. An dieser werden dagegen zwei andere Söhne der Kaiserin und die Kaisertochter teilnehmen. Der Kaiser wird das Gebiet von Doorn nicht verlassen.

Haag, 12. April. Der „Rotterdamsche Courant" meldet: Die Ueberführung der Leiche der Kaiserin wird am Donnerstag oder Freitag vormittag erfolgen, wenn bis dahin sämtliche Formalitäten erfüllt sind.

Basel, 12. April. Pariser Blätter berichten: der Botschafterrat habe die holländische Regierung dahin informiert, daß er unter allen Umständen nicht dulden könne, daß Wilhelm II. das holländische Territorium verlasse, da dies in direktem Widerspruch zu der ausdrücklichen Zusicherung der niederländischen Regierung stehen würde. Im Übrigen berichten die Amsterdamer Blätter, daß der Kaiser darnicht um eine derartige Erlaubnis nachgesucht habe.

Beileidskundgebungen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Haag, 12. April. Aus dem Hause Doorn wird gemeldet: Schon in den ersten Vormittagsstunden des Montag trafen hier Beileidsdepeschen, besonders aus Deutschland, ein, worunter man solche des Königs Ludwig von Bayern, der Könige von Sachsen und Württemberg, des Großherzogs von Baden, der Großherzogin Luise von Baden und aller übrigen ehemaligen deutschen Bundesfürsten, sowie Hindenburgs und Ludendorffs und vieler heutiger Generale bemerkte.

Basel, 12. April. Der „Rotterdamsche Courant" meldet: Im Laufe des Montag vormittags sprach ein Vertreter der Königin der Niederlande im Hause Doorn vor, um im Namen der Königin die Teilnahme anläßlich des Hinscheidens der Kaiserin auszusprechen.

Der Kardinal von Köln veröffentlicht folgende Aufforderung: Nachdem die ehemalige Kaiserin und Königin Auguste Viktoria nach schwerem Leiden aus dieser Zeitlichkeit abberufen ist, stellen wir den Organen der Pfarrgeistlichkeit anheim, in pietätvollem Rückblick auf die hohe Stellung und Wirksamkeit der vielgeprüften Frau dieses Falles in geeigneter Weise Erwähnung zu tun.

Die Deutschnationale Volkspartei, Ortsgruppe Krefeld, hatte an die interalliierte Rheinlandskommission das Gesuch gerichtet, beim Tode der früheren Kaiserin halbmast flaggen zu dürfen. Die Kommission hat das Halbmastflaggen mit deutschen Fahnen genehmigt. Sie weist jedoch auf die Verantwortung hin, die die Antragsteller zu tragen hätten, für den Fall, daß das Flaggen Anlaß zu Zwischenfällen geben sollte.

Berlin, 12. April. Die Parteileitung der Deutschen Volkspartei hat folgende Beileidskundgebung abgesandt:

Seiner Majestät dem Kaiser Wilhelm, Haus Doorn. Eurer Majestät unterbreitet die Deutsche Volkspartei den Ausdruck ihres tiefgefühlten Schmerzes über den Heimgang der geliebten Kaiserin, die dem deutschen Volke für immer ein Vorbild unbesieglicher Pflichttreue und Hingabe gewesen ist. Gott stehe Eurer Majestät in diesen schweren Tagen bei.

Wie Deutschland betrogen wird.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 12. April. Nach einer Mitteilung der französischen Botschaft haben die alliierten Kabinette die Note der deutschen Reichsregierung, durch die Deutschland ganz Oberschlesien für sich beansprucht, bis zur Entscheidung über die Zuteilung Oberschlesiens zurückgestellt. Eine vorläufige Beantwortung der Note wird nicht erfolgen.

London, 11. April. Im Unterhause erklärte der Generalstaatsanwalt, daß die Zeugenaussage der wenigen Personen, die nicht in der Lage sind, sich zum Verfahren gegen die deutschen Kriegsverbrecher nach Leipzig zu begeben, in London am 26. April beginnen werde. Der Oberreichsanwalt in Leipzig habe diesem Verfahren zugestimmt und ihm mitgeteilt, daß die Hauptverfahren Ende Mai in Leipzig beginnen werden. (W. T. B.)

Siegerwalds Bemühungen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 12. April. Der preußische Ministerpräsident Siegerwald ist, wie verlautet, mit seinen Bemühungen, ein Kabinett zu bilden, einen großen Schritt vorwärts gekommen. Er hat keinerlei Verpflichtungen einer Partei gegenüber übernommen. Es kann davon um deswillen keine Rede sein, weil er bis Montag die Absicht hatte, nicht in die Regierung einzutreten. Er hat das nur getan, nachdem die Zentrumsfraktion beschlossen hatte, ihn als Ministerpräsidenten zu präsentieren. Von anderen Mitgliedern des Zentrums haben allerdings Besprechungen mit Mitgliedern anderer Parteien stattgefunden.

Die „Voss. Ztg." bezeichnet die Aussichten auf das Gelingen der Bemühungen Siegerwalds, ein Kabinett zu bilden, als gering. Komme das politische Kabinett im Laufe des heutigen Tages nicht zustande, dann werde Siegerwald dem Landtagspräsidenten seinen Rücktritt mitteilen. Die ursprüngliche Absicht, im Falle des Mißlingens seines ersten Planes, ein Geschäftskabinett aus beamteten Fachministern zu bilden, scheint Siegerwald wieder aufgegeben zu haben. Die Sozialdemokraten haben erklärt, daß sie ein solches Beamtenkabinett aufs schärfste bekämpfen würden, und auch bei den Demokraten scheint geringe Neigung vorhanden zu sein, ein solches Kabinett zu unterstützen.

Vom Reichstag.

Die nächste Reichstagssitzung ist vom Präsidenten Löbe auf den 20. April, nachmittags 3 Uhr, anberaumt worden. Auf der Tagesordnung stehen nur kleine Vorlagen und Bittschriften. Der Reichstag wird vom 20. April ab nur 2½ Wochen tagen und bereits am 7. Mai wieder in die Pfingstferien gehen. Nach Pfingsten ist zunächst eine Tagung von 4 bis 5 Wochen in Aussicht genommen; alsdann sollen längere Sommerferien eintreten, falls die politische Lage diese Dispositionen nicht umwirft.

Neue Finanzministerkonferenz.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 12. April. Am 7. und 8. Mai findet eine neue Konferenz der deutschen Finanzminister in Berlin statt zur Fortsetzung der Stuttgarter Beratungen. Die Einzelstaaten verlangen eine 30prozentige Erhöhung des Prozentsatzes der Einkommensteueranteile. Die Steuerbescheide für 1920 sind erst zur Hälfte ausgegeben worden.

Vom türkisch-griechischen Kampfe.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Zürich, 12. April. Der „Secolo" meldet aus Athen: Hier haben sich die königsfeindlichen Kundgebungen wiederholt. Ueber Athen und den Piräus ist der Belagerungszustand verhängt. Truppentransporte, die nach Kleinasien zurückgehen, haben in Nauplia gemeutert.

Rotterdam, 12. April. Die „Morningpost" meldet: Das Mittelmeergeschwader hat Befehl erhalten, auszulaufen. Die Türken haben mit der Ausweisung aller Griechen aus dem türkischen Reiche begonnen.